

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 223

Jürgen Aretz

Fünf Jahre Wiedervereinigung

Bedingungen – Befunde – Perspektiven

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

Kirche, Politik und Gesellschaft

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Familie

Schöpfungsverantwortung und Ökologie

Europa und Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Brandenberger Straße 33
41065 Mönchengladbach
Tel. 0 21 61 / 20 70 96 · Fax 0 21 61 / 20 89 37

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

Die 80er Jahre - Vorgeschichte einer Revolution

Im Juni 1987 besuchte der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Bundesrepublik Deutschland. In Berlin appellierte er an Generalsekretär Gorbatschow, die Mauer niederzureißen - und erntete dafür mancherorts in Deutschland, nicht zuletzt in wichtigen Teilen der Presse, Kritik und Häme. Seit den 70er Jahren hatten sich viele Deutsche an den Status quo gewöhnt oder ihn gar für sakrosankt erklärt. Das Verlangen nach (Wieder-)Herstellung eines dem internationalen Recht und der Würde des Menschen entsprechenden Zustandes schien unreal, wenn nicht friedensgefährdend.

Man hatte sich weithin damit abgefunden, daß in Berlin, Deutschland und Europa fernab aller oft beschworenen Ideale zwei Welten existierten: Eine der Freiheit und Demokratie, verbunden mit materiellen Chancen, und eine der Unfreiheit, der Diktatur und des zentralverwalteten Mangels.

Deutsche Politiker, darunter heute noch amtierende Ministerpräsidenten, hatten etwa die Geraer Forderungen des SED-Generalsekretärs Honecker von 1980 akzeptiert. Die Geraer Forderungen schlossen nicht nur die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter und damit der einzigen Stelle ein, die für Häftlinge in DDR-Zuchthäusern Hoffnung und relativen Schutz vor Mißhandlungen bot, sondern sie liefen in ihrer Konsequenz auf die Zementierung der deutschen Spaltung hinaus. Ähnliches gilt für die Forderung nach Streichung des Wiedervereinigungsgebotes in der Präambel des Grundgesetzes.

Jene, die Reagan 1987 kritisierten, dürften kaum realisiert haben, daß sich auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges Neues, Entscheidendes entwickelte - und noch weniger werden wir annehmen dürfen, daß sie von der Idee der Freiheit wirklich überzeugt waren. Die Wahl eines aus dem "Ostblock" stammenden Papstes und die Aktionen der Werftarbeiter in Danzig waren keineswegs periphere, auf die katholische Kirche oder Polen beschränkte Ereignisse gewesen - von ihnen gingen Signale der Ermutigung aus, deren Wirkung durch Repression, durch Kriegsrecht und Medienmanipulation nicht dauerhaft unterdrückt werden konnte.

Eine neue qualitative Veränderung der internationalen Lage bedeutete die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Die sowjetische Führung hatte nach den Erfahrungen der 70er Jahre nicht mehr erwartet, daß der Westen auf die sowjetische Hochrüstung konsequent reagieren könnte. In der Bundesrepublik Deutschland demonstrierten Hunderttausende gegen den von einer SPD-geführten Bundesregierung initiierten Nachrüstungsbeschluß. Heute wissen wir, daß wichtige Teile dieser Bewegung unter dem Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR standen. Die SPD konnte sich

dem Druck der Manifestationen nicht entziehen, sie gab mehrheitlich ihre Positionen preis.

Der Bundesrepublik Deutschland kam hinsichtlich des NATO-Doppelbeschlusses innerhalb des Bündnisses eine entscheidende Rolle zu. Das war den Beteiligten in Ost und West ebenso klar wie die Tatsache, daß mit dieser Entscheidung auch eine Schicksalsfrage des Nordatlantischen Bündnisses beantwortet wurde. Helmut Kohl, Bundeskanzler seit dem 1. Oktober 1982, hielt dem massiven Druck stand; der Doppelbeschluß wurde umgesetzt.

Die Haltung des Bündnisses hat ohne Frage auch zu Veränderungen in Moskau beigetragen, zu der Einsicht, daß der militärische Wettlauf gegen den Westen weder ökonomisch noch technologisch zu gewinnen war, daß innere Reformen und ein neues, verändertes Verhältnis zum Westen gefunden werden mußten. Vor diesem Hintergrund hatten neue Personen und neue Ideen eine Chance. Eine Konsequenz hieß Michael Gorbatschow.

Mit seiner Politik, für die die Begriffe "Glasnost" (Offenheit) und "Perestrojka" (Umbau) standen, suchte Gorbatschow die Sowjetunion zu modernisieren, ohne die ideologischen Grundlagen des Systems prinzipiell in Frage zu stellen. Während im besonderen in der Bundesrepublik eine wahre Gorbomanie entstand, gingen seine Vorstellungen der DDR-Führung zu weit. Sie wußte, daß eine "Modernisierung" der DDR schnell zur Existenzfrage für "ihren" Staat werden mußte. Reagans scheinbar naive Aufforderung an Gorbatschow erwies sich vor diesem Hintergrund als ein überaus geschickter Schachzug. Der Glaubwürdigkeitstest für Gorbatschows Reformpolitik bedeutete in der Konsequenz, der DDR die Existenzgrundlage zu entziehen - die seit dem 13. August 1961 bestehende Einschließung ihrer 16 Millionen Einwohner. Die DDR-Führung reagierte mit demonstrativer Zurückhaltung auf Gorbatschows Kurs. Bezeichnenderweise in dem Magazin "Stern" distanzierte sich Erich Hager, SED-Chefideologe und Mitglied des Politbüros, von den Reformen Gorbatschows mit der Frage, ob man sich verpflichtet fühlen müsse, die eigene Wohnung neu zu tapezieren, nur weil der Nachbar dies tue. Die Opposition in der DDR sah sich dagegen durch Gorbatschow ermutigt. Mehrere tausend Menschen verlangten im Juni 1987 Unter den Linden in Ost-Berlin den Abriß der Mauer und skandierten Gorbatschow-Rufe, und nur vordergründig war der Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland (September 1987) ein Erfolg der DDR-Politik. Selbst heute noch wird oft übersehen, daß sich Honecker nicht nur die festen deutschlandpolitischen Positionen Helmut Kohls anhören und ihre Direktübertragung in die DDR hinnehmen mußte, sondern daß er schwerwiegende Vorleistungen hatte erbringen müssen.

Im Vorfeld des Besuches mußte die DDR u. a. eine erhebliche Ausweitung des Reiseverkehrs zugestehen. Hatten 1982 wenig mehr als 40.000 Menschen

im Alter von 18 - 60 Jahren aus der DDR die Bundesrepublik besuchen können, so stieg diese Zahl bis 1987 auf 1,2 Millionen. Konkret bedeutete dies: Etwa jeder 10. im aktiven Berufsleben stehende Deutsche in der DDR konnte erstmals mit eigenen Augen die DDR-Propaganda mit der bundesrepublikanischen Realität vergleichen und nach seiner Rückkehr davon erzählen.

Nach einer Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Ost-Berlin wurden im Januar 1988 zahlreiche Bürgerrechtler sowie Mitglieder von Friedens- und Umweltgruppen festgenommen. Anfang 1989 kam es zu ersten Demonstrationen von Ausreisewilligen in Leipzig. Kirchen und Oppositionsgruppen prangerten nach den Kommunalwahlen im Mai 1989 Wahlfälschungen an, im Juni rechtfertigte die DDR-Führung das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking.

Im Juli 1989 begann die ungarische Regierung mit dem Abbau der Grenzbefestigungen zu Österreich; wenig später wurden DDR-Flüchtlinge nicht mehr behindert. Das kleine Ungarn verstieß damit eindeutig gegen Abmachungen des Warschauer Paktes und löste eine Fluchtwelle von DDR-Deutschen aus. Andere flüchteten in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, so daß die Vertretung vorübergehend geschlossen werden mußte. Ähnliches ereignete sich in den Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag und Warschau. Nach schwierigen Verhandlungen konnten die Betroffenen über die DDR in die Bundesrepublik ausreisen. Eine Beruhigung trat nicht ein, vielmehr steigerte sich die Ausreisewelle in unvorstellbarem Maße. Zeitweilig hielten sich 6.000 Menschen allein in der Deutschen Botschaft in Prag auf.

Revolution statt Wende

Gorbatschows Mahnungen, die er anlässlich des 40. Jahrestages der DDR an Honecker richtete, blieben ohne Reaktion. Hatten am 2. Oktober 1989 in Leipzig erstmals mehr als 20.000 Menschen gegen das DDR-Regime und für eine demokratische Erneuerung demonstriert, so waren es eine Woche später bereits 70.000. Die Parole "Wir sind das Volk" wurde zum Leitthema der demonstrierenden Menschen, wenig später wurde daraus "Wir sind ein Volk".

Honecker verlor am 18. Oktober 1989 alle Funktionen; die Amtszeit seines reformunfähigen Nachfolgers Egon Krenz blieb Episode. Am 4. November demonstrierten in Ost-Berlin nahezu eine Million Menschen, fünf Tage später wurde die Mauer geöffnet. Nach jahrzehntelanger Einsperrung reisten innerhalb einer Woche etwa neun Millionen Menschen aus der DDR zu Besuchen in die Bundesrepublik, insbesondere in den Westteil Berlins.

Die DDR-Volkskammer wählte am 13. November 1989 den neuen SED-

Hoffnungsträger Modrow, der sich noch im Mai desselben Jahres an massiven Wahlfälschungen beteiligt hatte, zum Ministerpräsidenten. Auch er verfügte nicht über eine demokratische Legitimation - die Volkskammer war nicht aus freien Wahlen hervorgegangen, das politisch repressive und ökonomisch unfähige System wurde nicht in Frage gestellt. Die Demonstrationen hielten an.

In dieser Situation wies Bundeskanzler Helmut Kohl den weiteren Weg. Am 28. November 1989 legte er ein 10-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik vor und nannte in seiner Bundestagsrede die "Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands" das politische Ziel seiner Regierung.

In der DDR suchte die SED den Ausweg darin, daß sie sich in "Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) umbenannte. Der heutige Sprachgebrauch "Nachfolgepartei" verkennt diesen historischen Hintergrund ebenso wie die Tatsache, daß die Mitgliedschaft von SED und PDS weitgehend identisch ist.

Unter dem Druck der Demonstrationen und neuer politischer Kräfte ging die Macht in der DDR zögernd von der Partei- auf die Staatsebene über. Die mit der SED im "Block" zusammengeschlossenen Parteien bemühten sich um ein eigenständiges, von der SED/PDS abgehobenes Profil. Am "Runden Tisch" suchten die alten Systemträger und neue oder erneuerte demokratische Kräfte, oft auch Vertreter der Kirchen, nach Lösungen der Krise.

Bundeskanzleramtsminister Rudolf Seiters erreichte in Ost-Berlin die Abschaffung des Visumzwanges und des Mindestumtauschs - nach 45 Jahren gab es in Deutschland wieder Reisefreiheit. Als Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. und 20. Dezember 1989 Dresden besuchte und vor der Ruine der Frauenkirche zu den Menschen sprach, erlebten er und seine Begleitung ein tiefbeeindruckendes Zeugnis Zehntausender für Einheit und Freiheit.

Immer noch aber existierte der Unterdrückungs- und Überwachungsapparat der DDR, der nichts anderes war als eine Einrichtung der SED - zu dieser Zeit bereits PDS - zur Erhaltung der eigenen Macht. Im Februar 1990 trat die DDR-Regierung die Flucht nach vorne an und nahm endlich Oppositionsvertreter auf. Doch die Entwicklung nahm einen anderen als von der SED/PDS gewünschten Verlauf. Am 10./11. Februar 1990 erreichte Bundeskanzler Kohl, begleitet von Außenminister Genscher, in Moskau das entscheidende Zugeständnis: Die Frage der staatlichen Einheit sollte von den Deutschen beantwortet werden. Der Weg zur internationalen Absicherung des Einigungsprozesses war frei.

Am 18. März 1990 fanden in der DDR die ersten - und zugleich letzten - freien Volkskammerwahlen statt. Zwei Generationen lang hatten in diesem Teil Deutschlands keine demokratischen Wahlen stattgefunden.

Die Wahlbeteiligung betrug über 93 %, Wahlsieger wurde die "Allianz für

Deutschland", der die CDU, die Deutsche Soziale Union (DSU) und der Demokratische Aufbruch angehörten, mit 40,6 %. Die SPD erreichte 21,8 %, die PDS 16,3 %, der Bund Freier Demokraten 5,3 % und das Bündnis 90 2,9 %. Der Sieg der Allianz für Deutschland wurde allgemein als Zustimmung für Helmut Kohl verstanden: Von seiner Politik erwarteten die Menschen die entscheidende Wende zum Besseren. Die alten politischen Kräfte der DDR hatten eine systemstabilisierende Wende gewollt, die Menschen machten daraus eine friedliche und freiheitliche Revolution.

Die letzten Etappen zur Wiedervereinigung

In der DDR kam es zu einer Großen Koalition unter der Leitung des CDU-Politikers Lothar de Maizière. Sie vereinbarte, auf der Grundlage des Artikel 23 Grundgesetz (alt) "zügig" die Einheit Deutschlands zu verwirklichen.

Schon diese Ankündigung ließ die Übersiedlerzahlen zurückgehen; jetzt sahen viele wieder eine Perspektive in der Heimat, zumal die bereits am 24. April 1990 zwischen Helmut Kohl und Lothar de Maizière verabredete Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in Kraft trat.

Die später geäußerte Kritik am raschen Verlauf dieses Prozesses verkennt die Wirklichkeit des Jahres 1990 - es ging letztlich um eine ebenso verständliche wie brisante Alternative, die im Volksmund auf die Formel gebracht wurde: Entweder die D-Mark kommt zu uns, oder wir gehen zur D-Mark. Ein weiteres Anwachsen der Übersiedlerzahlen (im 1. Halbjahr 1990 200.000) hätte aber die Bundesrepublik vor nicht absehbare wirtschaftliche und soziale Probleme gestellt, und für das Gebiet der DDR hätte eine weitere Abwanderung in dieser Größenordnung die Chancen für eine Besserung der Lage drastisch verringert.

Für die Menschen dort bedeutete die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft die Chance, ihre Lebensbedingungen grundlegend zu verbessern. Die Umtausch-Sätze, mit denen die D-Mark eingeführt wurde, waren zugleich ein unübersehbares Zeichen der Solidarität unter den Deutschen. Tatsächlich war die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auch der erste staatsrechtlich bedeutsame Schritt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Am 4. Juli 1990 begannen in (Ost-)Berlin unter Führung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause die Verhandlungen über den Einigungsvertrag. Auf seiten der Bundesrepublik wurden auch die Opposition und die Länder einbezogen, um den zügigen Fortgang der Verhandlungen sicherzustellen.

Die Volkskammer errichtete Ende Juli die von der SED 1952 aufgelösten Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen neu und beschloß am 23. August 1990 "den Beitritt der

Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990". Die Volkskammer reagierte damit vor dem Hintergrund des fortschreitenden Verfalls der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen der DDR auf den wachsenden Druck der Bevölkerung: Sie wollte die rasche Wiedervereinigung.

Dieses unübersehbare Drängen hatte auch Einfluß auf die Haltung unserer Nachbarländer. Selbst bei Bündnispartnern gab es anfänglich spürbare Zurückhaltung, ihrer Verpflichtung aus dem Deutschlandvertrag von 1952 nachzukommen, der ausdrücklich die deutsche Wiedervereinigung als ein gemeinsames Ziel der Vertragspartner beschrieben hatte. Uneingeschränkte Unterstützung fanden die Deutschen bei dem amerikanischen Präsidenten George Bush, der wie Bundeskanzler Kohl erkannt hatte, daß die Lösung der deutschen Frage über den nationalen Kontext hinaus eine Schlüsselrolle für die Überwindung des Kalten Krieges und der Teilung Europas spielte.

Bundeskanzler Kohl reiste im Juli 1990, begleitet von Außenminister Genscher und Bundesfinanzminister Theo Waigel, in die Sowjetunion. Kohl hatte in der Vergangenheit keinen Zweifel daran gelassen, daß das wiedervereinigte Deutschland frei über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden werde. Bei den Gesprächen in Moskau und im Kaukasus stimmte Präsident Gorbatschow dem schließlich zu.

Der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag, unterzeichnet von den Außenministern der vier Siegerstaaten des 2. Weltkrieges und der beiden Staaten in Deutschland, regelte im September 1990 die außenpolitischen Aspekte der Wiedervereinigung. In dem Vertrag wurden auch die deutschen Grenzen endgültig bestätigt und in Zusatzabkommen der Abzug der sowjetischen Truppen vereinbart, der vorzeitig bis zum 31. August 1994 abgeschlossen werden konnte. Deutschland hatte die volle Souveränität über seine äußeren und inneren Angelegenheiten wiedergewonnen.

Am 3. Oktober 1990 wurde die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wirksam. War damit der Auftrag des Grundgesetzes von 1949, der "das gesamte deutsche Volk" aufforderte, "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", abschließend erfüllt?

Sozialistische Erblast

Die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands bedeutete eine beispiellose Herausforderung: Die Vereinigung eines Landes, das nicht nur geteilt war, sondern in dem über fast ein halbes Jahrhundert zwei Systeme entgegengesetzter politischer Ordnungen existiert hatten und das nun den

Weg der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Sozialen Marktwirtschaft gemeinsam gehen will.

Das wiedervereinigte Deutschland muß sich folglich auch mit den ideellen und materiellen Lasten auseinandersetzen, die das Erbe des Sozialismus für ganz Deutschland bedeuten. Tatsächlich war die DDR kein Staat wie andere: Die Grundrechte waren ihres Wesensgehaltes als Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat beraubt. Kritiker wurden systematisch überwacht und bespitzelt, strafrechtlich verfolgt, in psychiatrische Anstalten eingewiesen, zwangsausgesiedelt, an Ausbildung und Fortkommen gehindert, Kinder wegen der politischen Meinung ihrer Eltern von weiterführenden Bildungseinrichtungen ausgeschlossen, sogar der Zwangsadoption preisgegeben. Zahlreiche Urteile - darunter Todesurteile - wurden in "politischen Fällen" schon vor Prozeßeröffnung durch das SED-Politbüro festgelegt. Das Regime hat mit Hilfe seines Unterdrückungsapparates - allein für die "Staatssicherheit" (Stasi) waren 91.000 hauptamtliche und 174.000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) tätig (1989) - auch ganz unpolitische Menschen gebrochen und Lebensschicksale zerstört. Noch lange Zeit werden Menschen unter uns leben, die Unrecht und Verfolgung, Demütigung und Entmündigung erfahren haben.

Wer etwa wegen regimekritischer Äußerungen oder wegen eines Fluchtversuches - also der Wahrnehmung des Grundrechtes auf Meinungsfreiheit oder Freizügigkeit - in einer DDR-Haftanstalt einsaß oder wie z. B. in Bautzen II Folterungen zu ertragen hatte, steht Anwandlungen von DDR-Nostalgie, die fünf Jahre nach der Einheit mancherorts zu beobachten sind, verständnislos gegenüber.

Vieles, was heute von bestimmter linker Seite verklärend über den Sozialismus und seinen deutschen Staat propagiert wird, erinnert an die Rechtfertigungsversuche von Unbelehrbaren, die das braune Regime verharmlosen. DDR-Apologeten halten das System hoch und räumen bestenfalls das Fehlverhalten einzelner Politiker ein; sie unterstellen oder behaupten gar offen, Korrekturen seien durch "Fehler" der Parteiführung, von Oppositionellen in der DDR oder durch die Machenschaften der Regierung Kohl verhindert worden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Forderung nach Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit nicht der Manie früherer Oppositioneller entspringt, sondern daß sie eine ganz wesentliche Rolle für den Prozeß der inneren Einheit Deutschlands spielt. Die Aufarbeitung wird alle zentralen Bereiche in Politik und Wirtschaft, in Staat und Gesellschaft umfassen müssen, und sie kann auf die strafrechtliche Verfolgung nicht verzichten. Einen hohen Stellenwert hat die Arbeit der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages und der zeithistorischen Forschung.

Einen "Schlußpunkt" wird es in der Befassung mit der DDR-Vergangenheit

nicht geben können: Auch künftigen Generationen muß vermittelt werden, was Mauer und Stacheldraht, was Hoheneck und Bautzen, was Schießbefehl und Stasi bedeutet haben, damit sich ähnliches nie mehr wiederholt. Dies ist um so wichtiger, als die DDR das zweite totalitäre System war, das Deutsche in diesem Jahrhundert hervorbrachten und erlitten. Auch wenn die Gleichsetzung der Systeme nicht ohne weiteres zulässig ist - für den unschuldig Verfolgten ist die Ideologie des Verfolgers ohne Bedeutung.

Das Regime wurde freilich nicht nur von Aktivisten, sondern auch von vielen "Mitläufern" getragen. Niemand aber in Westdeutschland sollte sich die Attitüde des Widerstandskämpfers anmaßen und jene verurteilen, die sich in der DDR angepaßt und "ingerichtet" haben, weil deren Ende so nicht abzusehen war. Wir müssen auch bewußter nachdenken über jene SED-Mitglieder, die mit der brennenden Kerze in Leipzig oder an anderen DDR-Orten im Herbst 1989 für Demokratie und Menschenrecht demonstriert haben. Sie hatten - viele nach langem Irrtum - erkannt, daß ihre Partei moralisch korrupt und wirtschaftlich unfähig war.

Unabhängig davon muß unsere Sympathie den Opfern gelten. Die Frage scheint notwendig, ob wir uns diesen Menschen - weit über den politischen Bereich hinaus - nicht viel stärker zuwenden und ihnen zuhören müssen, als dies gemeinhin der Fall ist.

DDR-Realität

Die Befassung mit der Realität der DDR ist politisch notwendig, und sie ist zugleich eine zentrale Voraussetzung dafür, daß die vielfältigen Sachprobleme bewältigt werden können, die uns 40 Jahre Sozialismus hinterlassen haben. Ein ungenaues, falsches oder gar von unterschwelliger Sympathie getragenes DDR-Bild hatte die Auseinandersetzung in der Vergangenheit erschwert. In manchen Bereichen ist das heute nicht grundsätzlich anders.

Viele Korrespondenten in der DDR sind hilfreiche Partner für Oppositionelle und Bürgerrechtler gewesen - aber mehr noch wäre zu sagen über das Bild, das Journalisten in Westdeutschland vor dem Herbst 1989 von der DDR gezeichnet haben. Journalisten von Rang und Namen ließen sich durch die DDR-Propaganda täuschen oder gar von der Stasi instrumentalisieren.

Andere Journalisten glaubten, sich dem Trend anpassen zu müssen, und die wenigsten haben den Mut zu einer selbstkritischen Bilanz gefunden. Längst nicht alle ehemaligen DDR-Journalisten, die heute im wiedervereinigten Deutschland tätig sind, haben die Wende zur Demokratie, zur Rechtsstaatlichkeit und zur Sozialen Marktwirtschaft innerlich uneingeschränkt vollzogen. Beide Journalistengruppen in West und Ost bestimmen das Bild mit, das

die Menschen in Deutschland heute von der Situation in den neuen Ländern haben.

Mangelhafte oder tendenziöse Unterrichtung hat in der Vergangenheit dazu beigetragen, daß in Westdeutschland die Meinung verbreitet war, mit der Sicherung der Menschenrechte und der demokratischen Teilhabe aller Deutschen sowie der Einführung der Deutschen Mark seien die Probleme erledigt. Weitergehende Fragen wurden von den meisten nicht gestellt. Es war eine Frage fehlenden Bewußtseins wie fehlenden Wissens.

Kennzeichnend ist die Vorstellung von der Wirtschaftskraft der DDR. Sie wurde noch 1990 von nicht wenigen unter die führenden Industrienationen gerechnet. Tatsächlich war sie hoch verschuldet, die Wirtschaft aus politischen Gründen innovationsunfähig. Im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen wurde die Produktivität der DDR-Wirtschaft im Frühjahr 1989 auf 30 % der Bundesrepublik geschätzt.

Selbst im Politbüro des Zentralkomitees der SED machte sich Untergangsstimmung breit. Eine im Oktober 1989 vorgetragene geheime "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen" formulierte: "Allein ein Stoppen der (Staats-)Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 - 30 % erfordern und die DDR unregierbar machen"¹. Das sozialistische Projekt DDR war am Ende. Die SED wußte es, aber sie hat es der Bevölkerung verschwiegen. Statt dessen behauptete DDR-Ministerpräsident Modrow noch im Winter 1989/90 ein "Nettonationalvermögen der DDR" von 1,4 Billionen Mark. Die zu DDR-Zeiten gegründete Treuhandanstalt ging anfangs von 600 Milliarden Vermögen aus. Heute wissen wir, daß es um Schulden in Höhe von fast 300 Milliarden DM geht. Friedrich Schorlemmer, einer der prominentesten Wortführer der SPD in den neuen Ländern, hat das auf den Punkt gebracht: "... 90 % der Industrie waren auch Schrott"².

Der Wiederaufbau

Angesichts der historischen Herausforderung und Chance erscheint es selbstverständlich, daß Bundestag und Bundesregierung dem ideellen und materiellen Wiederaufbau der neuen Länder erste Priorität eingeräumt haben. Im besonderen haben sich die neugewonnenen föderalen Strukturen bewährt und zur Wiederentdeckung regionaler Identitäten beigetragen.

Vor dem Hintergrund der materiellen Probleme ist zurückgetreten, daß Freiheit und Demokratie, an der jetzt alle Deutschen teilhaben, den höchsten Gewinn der Wiedervereinigung bedeuten. Die selbstverständliche Wahrnehmung neugewonnener Freiheiten sollten aber nicht jene kritisieren, die etwas anderes als die Freiheit nie erfahren haben.

Im Unterschied zu dem ideellen Gewinn lassen sich die materiellen Aufwendungen und Fortschritte für die neuen Bundesländer bilanzieren. Die Höhe dieser Aufwendungen ist ganz außergewöhnlich. So stieg mit Unterstützung der Bundesregierung³ die Zahl der mittelständischen Existenzen in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung von 60.000 auf 460.000, die der dort Beschäftigten auf 3,1 Millionen. Mit Hilfe der Förderprogramme wurden in drei Millionen Wohnungen - jeder 3. Wohnung im Beitrittsgebiet - Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Zahl der Baugenehmigungen nahm von 7.200 im 1. Halbjahr 1992 auf über 100.000 im Jahre 1994 zu. Von 1990 bis 1994 wurden 850 km Bundesautobahnen und über 7.000 km Bundesstraßen neu- oder ausgebaut. Im gleichen Zeitraum wurden im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn ca. 25 Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt in die Infrastruktur investiert. Die Deutsche Telekom hat seit der Wiedervereinigung bis Ende 1994 3,2 Millionen Telefonanschlüsse neu eingerichtet; allein 1993 sind so viele Anschlüsse installiert worden wie in der gesamten 40jährigen DDR-Geschichte.

Die Rente des Durchschnittsverdieners lag nach 45 Versicherungsjahren vor 1990 bei maximal 600 DDR-Mark. Sie liegt heute bei über 1.500 DM. Gewaltige Investitionen wurden für Sozialeinrichtungen getätigt, die das wahre Gesicht der angeblich sozialen DDR zeigten: Alten- und Pflegeheime etwa waren zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung - von Ausnahmen abgesehen - in einem erbärmlichen und oft menschenunwürdigen Zustand.

Erstmals wurde eine Kriegsopfersversorgung (für Geschädigte und Hinterbliebene) eingerichtet, in die etwa 300.000 Menschen einbezogen sind. In der DDR hatte es das aus ideologischen Gründen nicht gegeben; ebensowenig gab es einen "Lastenausgleich" für die Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches. Sie erhalten jetzt eine Pauschalzahlung von 4.000 DM; derzeit liegen etwa eine Million Anträge vor.

Insgesamt beliefen sich die Nettotransfers in die neuen Bundesländer 1991 auf 106 Milliarden DM, 1992 auf 115 Milliarden, 1993 auf 129 Milliarden, 1994 auf 139 Milliarden, und sie werden in diesem Jahr auf 156 Milliarden DM steigen. Gleichwohl bleiben auf längere Zeit hohe Aufwendungen für die neuen Länder notwendig. Auch diese Tatsache läßt Rückschlüsse auf den wirklichen Zustand der DDR-Wirtschaft, auf die Infrastruktur oder auch die Umweltsituation zum Zeitpunkt der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu.

Die Bundesregierung hat über finanzielle Leistungen hinaus viele gesetzliche Maßnahmen ergriffen, Planungsverfahren vereinfacht und damit beschleunigt sowie mehr als 16.000 Mitarbeiter zum Aufbau der Verwaltung in die neuen Bundesländer entsandt. So konnte z. B. die Erledigung von Vermögensanträgen - also die Frage früherer kommunistischer Enteignungen - erheblich be-

schleunigt werden. Die in diesem Zusammenhang anzusprechenden Enteignungen durch die sowjetische Besatzungsmacht sind eine ebenso bedrückende wie unumkehrbare Tatsache.

Die materiellen Leistungen, die Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften und die umfangreiche Personalhilfe sind Ausdruck politischer Einsicht in das Notwendige, nicht weniger aber Ausdruck der Solidarität. Ohne umfassende Heranführung der neuen an die alten Länder wird die "innere" Vereinigung nicht wirklich gelingen. Sie aber ist Voraussetzung für eine gute gemeinsame Zukunft in Deutschland.

Unter den Bedingungen des DDR-Erbes ist in fünf Jahren sehr viel erreicht und der Aufbau weit vorangebracht worden. Die Modernisierung der Wirtschaft, ihre Heranführung an den Weltmarkt und die notwendige Privatisierung durch die Treuhandanstalt haben aber auch soziale Härten, insbesondere die in der DDR praktisch unbekanntere Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt - es hatte dort zwar eine hohe verdeckte, aber keine offene und damit wahrgenommene Arbeitslosigkeit gegeben. Der wirtschaftliche Öffnungs- und Anpassungsprozeß wurde erschwert durch den nicht vorhersehbaren Verlust traditioneller Absatzmärkte, im besonderen in der untergegangenen Sowjetunion.

Sicher geraten Arbeitslose in Deutschland aufgrund des umfassend ausgebauten sozialen Netzes nicht zwangsläufig in existentielle Not. Es wird aber häufig übersehen, daß die Arbeitslosigkeit über den finanziellen Aspekt hinaus Bedeutung für das tägliche Leben jedes Betroffenen hat. Im System der DDR-Wirtschaft wurden - jedenfalls in Kombinat und Großbetrieb - Freizeit, Urlaub, Kinderbetreuung und selbst ärztliche Versorgung betriebsintern organisiert und reglementiert. Das Beschäftigungsverhältnis hatte damit in der DDR eine ganz andere sozialintegrative Funktion als in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem: Die kontrollierende Fürsorge war Bestandteil eines rein ideologisch ausgerichteten und daher zum Scheitern verurteilten ökonomischen Systems. Für manchen, der heute von Arbeitslosigkeit betroffen ist oder sie in seiner Umgebung erlebt, steht das freilich ebenso auf einem anderen Blatt wie die Tatsache, daß sich seine persönliche wirtschaftliche Situation gegenüber der Vergangenheit nicht verschlechtert hat. Für die große Mehrheit der Arbeitnehmer ist in fünf Jahren eine finanzielle Verbesserung eingetreten, die in diesem Ausmaß vernünftigerweise nicht erwartet werden konnte. Das Jahreseinkommen der Arbeiter und Angestellten in der Industrie der neuen Bundesländer stieg 1994 um 9,1 % auf 40.816 DM, im Handel, im Versicherungs- und Kreditgewerbe um 9,8 % auf 46.019 DM. Zu DDR-Zeiten konnten sie ein Jahreseinkommen von 10.000 bis 15.000 DDR-Mark erwarten. Dies ist jedoch für die meisten ebensowenig die Bezugsgröße wie die Produktivität des Unternehmens oder die Einkommen in den östli-

chen Nachbarstaaten; verständlicherweise orientieren sich die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern an ihren Kolleginnen und Kollegen in Westdeutschland, die zum Teil noch ein um 25 % höheres Einkommen erzielen. Andererseits gibt es auch überraschende Entwicklungen: Die Durchschnittshaushaltseinkommen in einigen Ost-Berliner Bezirken (Hellersdorf, Marzahn, Hohenschönhausen) liegen heute schon netto 20 % über den entsprechenden Werten von West-Berliner Bezirken (Tiergarten, Wedding, Neukölln). Im Gebiet der neuen Bundesländer wurde insgesamt das Wohlstandsniveau Großbritanniens bereits erreicht.

Die Teilung überwinden

Für die subjektive Befindlichkeit der Menschen (und ihre Wahlentscheidung) sind materielle Aspekte nicht unbedingt ausschlaggebend, und jene in der "alten" Bundesrepublik irren entscheidend, die im Prozeß der deutschen Einheit nur auf die ökonomische Karte setzen.

Während sich für die Westdeutschen nach der Wiedervereinigung im täglichen Leben so gut wie nichts geändert hat, sahen sich die Deutschen in den neuen Bundesländern nahezu von einem Tag auf den anderen völlig veränderten Bedingungen in wichtigen Lebensbereichen gegenüber. Man hatte also nicht nur die unvergleichlich schlechtere materielle Ausgangsposition, sondern man mußte auch noch fremde und oft schwer nachvollziehbare Regeln des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens erlernen und erfahren. Das bisweilen zu beobachtende Gefühl der Unterlegenheit gegenüber westdeutschen Partnern ist vor diesem Hintergrund verständlich: Viele Menschen glauben sich der Zumutung ausgesetzt, daß sie gleichsam ihr ganzes früheres DDR-Leben abschreiben sollen, daß sie eigentlich umsonst gelebt und gearbeitet haben. Es kann nicht wirklich überraschen, daß auch fünf Jahre nach der staatlichen Einheit Menschen in der ehemaligen DDR mit der neuen offenen, marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft, mit der Freiheit zum Erfolg und zum Mißerfolg schwer zurecht kommen. Sie empfanden zwar zu DDR-Zeiten die staatliche Lenkung als störend und bevormundend - reichte sie doch von der Wohnungszuteilung über die Reglementierung der Ausbildungswege und des Arbeitsmarktes bis zur Verknappung von Konsumgütern. Paradoxerweise hat diese jahrzehntelange Bevormundung aber auch zu einer Form von "Sicherheit", ja sogar der Geborgenheit geführt - jedenfalls für den, der sich nicht gegen das System auflehnte.

Schwer zu vermitteln bleibt, daß diese vermeintliche Sicherheit eines tatsächlich abgewirtschafteten und zutiefst verlogenen Staatswesens nicht verbunden werden kann mit den materiellen Chancen des Westens, denen immer auch Risiken gegenüberstehen. Allzuoft wird versucht, das Risiko bzw. die

Folgen persönlicher Fehlentscheidungen im beruflichen oder wirtschaftlichen Bereich auf die "Zentralinstanz" Bundesregierung abzuschieben. Leider ist es auch wahr, daß häufig genug windige "Berater" aus dem Westen der Bundesrepublik zu den ersten Botschaftern des neuen politischen und ökonomischen Systems gehörten und daß manche westdeutschen Geschäftsleute die Idee der "Sozialen" Marktwirtschaft im neuen Osten der Bundesrepublik pervertiert haben.

Die Umbruchsituation, das subjektive Verletztheitsgefühl ehemaliger "DDR-Bürger", der Mangel an religiösen oder ethischen Orientierungen und Anker, die Kompensation durch eine unbestimmte DDR-Nostalgie - fand man sich doch damals zurecht -, das sind Gefühle, Einstellungen, aus denen die PDS politisches Kapital schlägt.

Die Medien sind nicht unbeteiligt daran, daß es der PDS immer wieder gelingt, ihre historische Verantwortung für die Probleme in den neuen Ländern zu überspielen und sich als "Vertreterin ostdeutscher Interessen" darzustellen. So ist sie eine bundespolitisch ernstzunehmende Regionalpartei geworden; ihre Zukunft wird entscheidend auch vom weiteren Verlauf des immateriellen Einigungsprozesses abhängen.

Lothar Bisky, der Vorsitzende der PDS, in der immer noch die Legitimität der Oktober-Revolution verkündet wird, hat sehr deutlich formuliert: "Wir befinden uns auf dem Weg in die Berliner Republik, und die kann durchaus ein völlig anderes Gesicht erhalten, als es sich die Herrschenden wünschen."⁴

Vor diesem Hintergrund sind sozialdemokratische Gedankenspiele über eine Zusammenarbeit mit der PDS und das Magdeburger Modell nicht nur politisch obszön, sie bedeuten letztlich die Aufkündigung des über nahezu fünf Jahrzehnte funktionierenden Konsenses der Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland. Die PDS fördert eine neue geistig-politische Spaltung unseres Landes, weil sie nur so überleben kann. Dem Versuch einer "Rückeroberung der Köpfe" - so der Brandenburger Bürgerrechtler Günter Nooke⁵ -, gilt es entgegenzutreten. Eine klare Haltung der Sozialdemokraten vorausgesetzt, sind die Erfolgsaussichten gut. Bei den letzten Bundestagswahlen haben mehr als drei Viertel der Wähler in den neuen Bundesländern ihre Stimme den demokratischen Parteien gegeben.

In ihrer großen Mehrheit stehen die Deutschen in den neuen Bundesländern dem Einigungsprozeß und der Zukunft, wie viele Umfragen ausweisen, mit wachsender Hoffnung gegenüber. Der Erfolg des weiteren Prozesses hängt wesentlich von Faktoren ab, die durch die Politik nur teilweise beeinflusst werden können. Bewußter müssen wir alle dem Schönreden der DDR ebenso entgegentreten wie dem Stammtischgerede über die Kosten der Einheit. Die Einheit hat uns nichts gekostet - Kosten verursacht die politische, ökonomische und ökologische Entsorgung des schlimmen SED-Erbes.

Die Kirchen haben einen wichtigen Beitrag zur Überwindung des SED-Regimes geleistet, trotz mancher politischer Fehlorientierung oder der Rolle einzelner Konsistorialmitglieder. Ohne mutige Pfarrer und Laien hätte es die Revolution von 1989/90 - jedenfalls so - nicht gegeben, und sie haben in der Folge in hohem Maße politische Verantwortung in den demokratischen Parteien übernommen. Der Anteil der Christen an der Bevölkerung der DDR betrug weniger als ein Drittel, aber mehr als 70 % der Bundestagsabgeordneten aus den neuen Ländern bekennen sich als evangelische oder katholische Christen.

Trotz der vielfältigen Probleme, denen sich die Kirchen heute gegenübersehen: Sie stehen auch vor großen Herausforderungen und Möglichkeiten, gerade im Bereich der schulischen und der Erwachsenenbildung, der Jugend- und der Medienarbeit. Bei allem Respekt vor der Randgruppenarbeit werden die Prioritäten auch in der kirchlichen Arbeit zukunftsorientiert gesetzt werden müssen.

Für unser Land gilt: Unkritische Zukunftseuphorie ist ebensowenig angebracht wie die Kultivierung von Ängsten. Niemand in Deutschland, ob in Ost oder West, hat vor sechs Jahren vorausgesehen, wie sehr sich das Schicksal unseres Landes zum Guten wenden würde und wie weit wir gemeinsam bis zum Jahre 1995 gelangt sein würden. Vieles haben Politik und Wirtschaft, haben die Menschen auf der bewährten Basis unserer grundgesetzlichen Ordnung geschafft. Es wäre naiv anzunehmen, daß die Folgen von 45 Jahren Spaltung in fünf Jahren vollständig überwunden werden könnten. An der Lösung der verbliebenen Probleme und der Schließung noch bestehender Gräben zwischen Ost und West kann es aber keinen vernünftigen Zweifel geben, wenn die Menschen guten Willens in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gestaltung der Zukunft zusammenarbeiten.

Anmerkungen

- 1 Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vom 30.10.1989, Geheime Verschlusssache ('Schürer-Papier'), abgedruckt im Deutschland-Archiv 10/92, S. 1112 - 1120, hier S. 1119.
- 2 Leipziger Morgenpost, 23. Oktober 1993.
- 3 Zum weiteren vgl. 'Der Aufbau in den neuen Bundesländern. Leistungsbilanz der Bundesregierung'. März 1995. Bezug durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.
- 4 FAZ, 28. Januar 1995.
- 5 FAZ, 24. August 1995.

Zur Person des Verfassers

Dr. Jürgen Aretz, Leiter des Arbeitsstabes neue Länder im Bundeskanzleramt, Bonn.